



Rede von Präsident Dr. Bruno Kahl

anlässlich seiner feierlichen Amtseinführung
im Bundeskanzleramt am 6. Juli 2016

Es gilt das gesprochene Wort!

**Rede von Präsident Dr. Bruno Kahl anlässlich seiner feierlichen Amtseinführung
im Bundeskanzleramt am 6. Juli 2016**

Anrede.

Es geht heute nicht um mich, meine Damen und Herren, es geht um den Bundesnachrichtendienst, um seine Zukunft, um seine gedeihliche und gute Zukunft, und damit auch um die Sicherheit und die gedeihliche Zukunft unseres Landes.

Denn die Herausforderungen, mit denen sich die Bundesrepublik in der Außen- und Sicherheitspolitik konfrontiert sieht - der Entwurf des neuen Weißbuchs der Bundeswehr beschreibt sie sehr eindrucksvoll - sind dieselben Herausforderungen, die der BND meistern muss, sie geben Rahmen und Richtung seiner Aufgaben vor.

Und, meine Damen und Herren, der Blick auf diese Herausforderungen ist in der letzten Zeit ein anderer geworden, vielleicht, weil die Bedrohungen und Gefahren sich geändert haben, vielleicht auch nur, weil sie uns buchstäblich immer näher rücken.

Das gilt für die zunehmende Häufigkeit und zunehmende Nähe von Anschlägen des internationalen Terrorismus genauso wie für längst obsolet gehaltene, aber auch für ganz neue Formen von Machtprojektionen aus Russland oder aus China. Der Nahe und der Mittlere Osten, Nordafrika, aber auch zunehmend Afrika insgesamt rücken endlich ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit, die sie schon verdient hätten, bevor Krieg, Bürgerkrieg, Hunger und Armut das Elend nicht nur medial in unsere Wohnzimmer brachten. Die weltweiten Migrationsbewegungen kommen hinzu, Waffenhandel, Proliferation, dazu Stichworte wie Cyber und hybride Kriegsführung – nicht zuletzt der Schutz unserer Soldaten der Bundeswehr und ihrer Verbündeten in immer mehr und immer entlegeneren Einsatzgebieten – sowie die Entführungen deutscher Staatsangehöriger im Ausland.

Diese Entwicklungen zeigen, dass Globalisierung nicht nur aus Freihandel und Internet besteht. Globalisierung hatte schon immer auch eine sicherheitspolitische

Dimension, die in Deutschland allerdings vielfach unterschätzt wurde, weil sie hier weniger erfahrbar war als zum Beispiel in Nordafrika. So erleben wir nun das Entstehen von wirklich starken Wechselwirkungen zwischen Innen- und Außenpolitik, zwischen dem, was in Eritrea oder Syrien geschieht und der unmittelbaren Lebenswirklichkeit in Deutschland.

Und auch die Flüchtlingskrise hat ein neues sicherheitspolitisches Selbstverständnis Deutschlands in Europa mit sich gebracht. Es lässt sich eine neue Ernsthaftigkeit bei der Auseinandersetzung mit Fluchtursachen und den Folgen von Schleuserkriminalität feststellen. Die geplante Migrationspartnerschaft der Europäischen Union mit sieben afrikanischen Ländern ist ein erstes, noch viel zu wenig gewürdigtes Beispiel und ich hoffe, wir werden zukünftig weitere sehen.

Meine Damen und Herren, wenn Deutschland sich diesen Herausforderungen stellen will, dann muss die Politik die Regierung mit dem dazu erforderlichen Rüstzeug ausstatten, und zu diesem Instrumentarium gehören leistungsstarke, effizient arbeitende Nachrichtendienste. Denn Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit, und genau dazu sind die Dienste da: hinschauen, Wissenslücken schließen, Fakten sammeln, analysieren, aufbereiten für die Politik.

Die Politik allein hat dann übrigens daraus die Konsequenzen zu ziehen und die Verantwortung für entsprechendes Tun oder auch Unterlassen zu tragen. Wir wären hier und heute nicht in diesem Format und aus diesem Anlass zusammen, wenn diese Grundüberzeugung von der Notwendigkeit und Nützlichkeit insbesondere des Auslandsnachrichtendienstes nicht weitgehender *common sense* wäre, in der Bundesrepublik, wie in jedem anderen Staat der Welt.

Meine Damen und Herren, diese gemeinsame Grundüberzeugung ist eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung dafür, dass die Dienste ihre überlebenswichtigen Beiträge für die Sicherheit unseres Landes leisten können.

Die alles entscheidende Voraussetzung für gutes Gelingen einer jeden Dienstleistung, auch und erst recht von Geheim-Dienstleistung ist Vertrauen. Aus vielen Bereichen der Politik und überhaupt des privaten wie des öffentlichen Lebens wissen wir, dass Vertrauen eine existenzielle Kategorie und ein sehr knappes Gut ist. Ein Nachrichtendienst kann einpacken, wenn ihm seine Kunden oder seine Partner nicht mehr vertrauen.

Die „Kunden“ des BND sind seine Abnehmer: Kanzleramt, Auswärtiges Amt, Bundeswehr, die Sicherheitsbehörden im Inland, und zugleich seine Kontrolleure: Regierung und Parlament. Wenn hier Vertrauen verloren geht oder zerstört wird, dann wird unsere Arbeit erheblich erschwert. Dasselbe gilt für die internationale Zusammenarbeit: Kein Land der Erde kann auf sich alleine gestellt Sicherheit für die ihm anvertrauten Menschen generieren. Auch Deutschland ist auf intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit anderen Ländern, der BND mit anderen Diensten angewiesen.

Dass die Bundesrepublik - wie übrigens auch unsere Verbündeten - ein Rechtsstaat ist, ist selbstverständliche Grundlage und Grenze auch jedes nachrichtendienstlichen Handelns. Im Rechtsstaat sind nicht die Befugnisse des Staates grenzenlos, sondern - im Prinzip - die Freiheit des Individuums. Wo das Vertrauen hierin verloren gegangen ist, müssen wir es wiederherstellen. Aber ohne zugleich das Vertrauen unserer Partner in verlässliche Zusammenarbeit aufs Spiel zu setzen. Geheimer Nachrichtendienst und totale Transparenz schließen sich aus. Über die Fragen der richtigen Grenzziehung ist in der letzten Zeit viel diskutiert, beraten und auch gestritten worden.

Anlässe zu diesen Diskussionen um verlorenes und wiederherzustellendes Vertrauen hat der BND in den vergangenen Monaten in der Tat auch selbst gegeben, ich brauche sie in diesem Kreis nicht erneut aufzuzählen. Aufklärung, parlamentarische Aufarbeitung und *lessons learned* bis hin zur Gesetzgebung begleiten uns bis in diese Tage und noch darüber hinaus.

Es hilft nichts, drum herum zu reden, es sind Fehler gemacht worden. Sicherlich lässt sich differenzierter urteilen darüber, ob aus guter oder schlechter Absicht und ob bzw. wer wirklich zu Schaden gekommen ist. Fehler passieren, sie gehören zur Unvollkommenheit der menschlichen Existenz. Aber der entscheidende Vorteil freiheitlicher, offener Systeme wie unserer rechtsstaatlichen Demokratie ist die Fähigkeit, Fehler zu erkennen, sie einzugestehen und vor allem, sie zu korrigieren. Dies ist von Regierung, Parlament und auch vom BND mit vereinten Kräften angegangen worden, und Teile der Lösungen liegen bereits auf dem Tisch. Andere Teile bleiben noch als Hausaufgaben zu tun, und es wird insbesondere meine Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass die im BND bereits von meinem Vorgänger mit

Verve und Nachdruck begonnenen Prozesse und Reformen konsequent weitergeführt werden.

Ich habe in den Tagen des Übergangs in mein neues Amt den Eindruck gewinnen können, dass der BND selbst, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein großes und sehr ernsthaftes Interesse daran haben, Missstände abzustellen, Vertrauen zurückzugewinnen, ihre Arbeit auf neue, jedenfalls verlässliche Grundlagen zu stellen und sich für die Zukunft so aufzustellen, dass Zwielficht und Grauzonen vermieden werden. Das wird zum Teil in konkreten Projekten geschehen, zum großen anderen Teil wird es Daueraufgabe sein und in Zukunft auch bleiben.

Aus der „Schmuddelecke“, wie es mein Vorgänger Gerhard Schindler formuliert hat, ist jedenfalls der BND, nicht zuletzt dank der Anstrengungen seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in den letzten Wochen und Monaten deutlich rausgekommen, und das ist gut so, denn sonst kann die Arbeit nicht gelingen.

Auf Dauer ist gute oder gar herausragende Arbeit nämlich nur dann zu leisten, wenn sie Wertschätzung erfährt. Umgekehrt kann Wertschätzung natürlich nicht einfordern, wer keine Leistung bringt oder wer zu viele Fehler macht. Ich habe in den letzten Wochen in vielen Vier-Augen-Gesprächen lernen dürfen, dass die Leistungen des BND, seine Resultate und Produkte, im politischen Raum sehr wohl Hochachtung genießen, im Parlament genauso wie bis in höchste Regierungsämter hinein. Ich würde mir wünschen, dass diese Ihre Anerkennung auch dann mit in die Waagschale gelegt würde, wenn mal wieder Anlass besteht, öffentlich über den BND zu reden.

Ich für meinen Teil habe mir jedenfalls vorgenommen, vorerst mehr mit als über den BND zu reden, erst einmal zu lernen, zu verstehen und zu arbeiten. Das heißt nicht, dass ich den von meinen Vorgängern mit beachtlichen Erfolgen eingeschlagenen Weg wieder verlassen oder gar umkehren will, nämlich auch künftig auf Dialog und Offenheit zu setzen. „Die Dinge ins Helle zu drehen, wo immer es geht“ – dieses Zitat aus einem kürzlich erschienenen Politiker-Portrait will ich mir auch in diesem Zusammenhang gerne zu Eigen machen.

Allerdings braucht der BND jetzt auch eine Phase der Konsolidierung, damit er die hohen Erwartungen erfüllen kann, die an ihn gestellt werden, und die in den letzten Tagen in den Medien erneut zu lesen waren: Dazu gehört auch die

sozialverträgliche Lösung der mit dem Thema Umzug verbundenen Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und neben den eben beschriebenen Umorganisationen, den Fremd- und Selbstreformen soll und muss ja auch die „ganz normale“ Arbeit weitergehen, die so normal eben auch nicht ist.

Unter allen diesen Umständen die Leistungsfähigkeit des BND zu erhalten und womöglich noch zu steigern, das habe ich mir für die nächsten Jahre vorgenommen, und dazu erbitte ich das Vertrauen, die Unterstützung und die Mitarbeit von Ihnen und von möglichst vielen derer, die Sie hier repräsentieren.

Auch wenn Sie mir alle diesen Wunsch erfüllen, bin ich so unbescheiden und habe noch eine zweite Bitte, da wir alle nur mehr oder weniger kleine und fehlbare Menschen sind, und diesen zweiten Wunsch – so viel Ökumene soll sein – möchte ich mit Paul Gerhard ausdrücken:

„Er lasse seinen Frieden ruhn,
auf unserem Volk und Land,
er gebe Glück zu unserm Tun;
und Heil zu allem Stand.“

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!